



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Anhang zum Bericht aus Berlin Nr. 29, Mai 2007

Rede von Bettina Hagedorn, MdB, gehalten am 24.05.07 im Plenum

Zum Antrag der Fraktion „Die Linke“ zur Abschaffung des Bonn-Berlin-Gesetzes

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist nun die Kollegin Bettina Hagedorn für die SPD-Fraktion.
(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Eingangs will ich mich all denjenigen vorstellen, die mich nicht kennen: Ich bin im Gegensatz zu manch anderem Redner weder Rheinländerin noch aus Berlin. Außerdem bin ich Haushälterin. Damit bin ich, so glaube ich, eigentlich prädestiniert, zu diesem Thema hier zu reden; denn wir Haushälter sind es gewohnt, auf die Fakten zu schauen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Damit meine ich jetzt nicht die Fakten des Antrags, sondern die Fakten von Unterlagen, die in den Redebeiträgen schon mehrfach angeführt worden sind und die der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im November letzten Jahres angefordert hat, und zwar, Kollege Bosbach, auf gemeinsame Initiative der Haushälter von SPD und CDU/CSU. Der Antrag der Linkspartei, der heute auf der Tagesordnung steht, ist, um es kurz zu machen – meine Kollegen haben es schon gesagt –, nicht mehrheitsfähig, er ist populistisch, er ist unrealistisch, er ist nicht sozial verträglich, und er wird deswegen abgelehnt. Was mich an ihm ein bisschen betrübt, ist, dass er zu keinem Zeitpunkt darauf abgezielt hat, hier mehrheitsfähig zu sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Anhang zum Bericht aus Berlin Nr. 29, Mai 2007

Wir reden hier über ein ernstes und wichtiges Thema, das viele Menschen in der Bundesrepublik bewegt, und zwar nicht nur Menschen im Raum Berlin und im Raum Bonn. Die meisten Menschen erwarten von uns Politikern in Berlin selbstverständlich, dass wir gerade in Zeiten, in denen wir ihnen sagen, dass wir mit dem Geld sorgfältig umgehen müssen, alle den Gürtel enger schnallen müssen, und ihnen Reformen zumuten, unser Verwaltungshandeln kostengünstig und effizient organisieren und bei uns keine anderen Maßstäbe anlegen als die, die wir anlegen, wenn wir Gesetze machen, die für die Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger wichtig sind. Darum ist es wichtig, dass wir bei diesem wichtigen Thema auf die Grundlagen zurückkommen. Die Linkspartei hat mit ihrem Antrag überhaupt nicht darauf abgezielt. Was hier vorgelegt worden ist, ist nicht mehrheitsfähig. Das ist sehr bedauerlich. Aber der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich des Themas Berlin/Bonn-Gesetz sehr wohl angenommen. Das ist kein Geheimnis geblieben: Dieser Vorgang ist in sehr vielen Zeitungsartikeln behandelt worden. Ich möchte einmal zeigen, wie umfangreich die von uns angeforderten **Berichte** sind.

(Ulrich Kelber [SPD]: Die sind vertraulich!)

Ich habe sie mitgebracht. Es sind zwei Berichte: Der Bericht des Innenministeriums und der Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes. Der Haushaltsausschuss hat sich damit Ende April ungefähr zwei Stunden lang zum ersten Mal beschäftigt, Herr Vorsitzender.

(Otto Fricke [FDP]: Ich stimme zu!)

Selten wurde in Debatten fraktionsübergreifend, in so großer Ernsthaftigkeit und mit Würdigung der Fakten, um die es eigentlich geht, miteinander gerungen. Nicht zu Unrecht haben wir dann gesagt: Wir debattieren das nicht zu Ende; das war nur eine erste Debatte; wir müssen diese Berichte ernst nehmen; endlich liegen sie auf dem Tisch; nach so vielen Jahren ist es wichtig, dass Berichte ausgewertet werden, die die Fragen behandeln, was das Gesetz, das in der damaligen Zeit – zu Recht – verabschiedet worden ist, eigentlich gebracht hat, wie das Ganze unter den heutigen Voraussetzungen zu bewerten ist und wie das Regierungshandeln auf der Grundlage dieses



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Anhang zum Bericht aus Berlin Nr. 29, Mai 2007

Gesetzes eigentlich funktioniert. Wenn man diese Berichte liest, dann stellt man fest, dass es – das ist unstrittig – Absurditäten gibt. Manches ist in den letzten Wochen durch die Medien gegangen. Hier sind schon die 132 000 Flüge pro Jahr und die 751 Tonnen Papier, die hin- und hergekartt werden, angesprochen worden. Einiges andere ließe sich hier aufzählen. Es geht aber nicht nur darum, das zu beklagen, und es geht schon gar nicht darum, dies zu skandalisieren. Wir wollen unsere eigene Arbeit und schon gar nicht die unserer Ministerien und die ihrer Mitarbeiter schlechtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, sehr genau zu schauen, wie sich das, was an diesen Zuständen inakzeptabel ist, eigentlich verändern lässt. Wer sich damit näher beschäftigt hat, der teilt sicherlich meine Auffassung: Mancher **Effizienzgewinn** lässt sich – Vorredner haben darauf hingewiesen – ohne eine Gesetzesänderung herausholen. Hier wurde der Gedanke geäußert, dass sämtliche **Ministerien** schwerpunktmäßig in **Berlin** tätig sind und dass nachgeordnete Behörden ihre **Verwaltungstätigkeit** in **Bonn** ausüben. Dazu muss man sagen: Das sieht schon das Berlin/Bonn-Gesetz vor; aber offensichtlich ist es an der Praxis gescheitert. Wenn unsere Regierungen das seit 1994 nicht so umgesetzt haben, wie es theoretisch hätte geschehen sollen, lag das sicherlich nicht nur daran, dass sie schlecht oder unwillig waren, sondern auch daran, dass in der Praxis manches anders ist, als man es sich damals bei der Verabschiedung des Gesetzentwurfs gedacht hat.

Es gehört zur Ehrlichkeit, zu sagen: Dieses **Gesetz** muss **evaluiert** werden. Andere Gesetze werden 15 Jahre nach ihrem Inkrafttreten ebenfalls evaluiert. Die Steuerzahler erwarten von uns zu Recht, dass wir nicht mit unterschiedlichen Maßstäben messen und dass wir den Mut haben, gemeinsam festzustellen, was angesichts der geltenden Rechtslage möglich ist und an welcher Schraube man eventuell drehen muss. Diejenigen, die dann gleich mit dem Holzhammer kommen und von einem von heute auf morgen durchzuführenden Komplettumzug reden, machen eine vernünftige, eine parteiübergreifende Debatte in Wahrheit kaputt. Bei solch einem Verhalten blutet mir das Herz. Wir



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Anhang zum Bericht aus Berlin Nr. 29, Mai 2007

brauchen diese Debatte. Gerade die jungen Menschen in diesem Land erwarten von uns, dass wir sie führen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)

Ich muss zum Schluss kommen. Ich wünsche mir, dass wir diese Berichte so auswerten, wie wir es uns gemeinsam vorgenommen haben. Kollege Bosbach, ich habe hier schon so manche Rede von meinem haushaltspolitischen Kollegen Fromme gehört, zum Beispiel in Haushaltsberatungen. Darin hat er sich zu dieser Problematik so ähnlich wie ich gerade eben geäußert. Dies gilt auch für viele andere Kollegen der CDU/CSU im Haushaltsausschuss. Wir sind inhaltlich durchaus auf einer Ebene. Wir sind eben nicht nur für Berlin oder nur für Bonn, und wir sind nicht nur gegen Berlin und nicht nur gegen Bonn, sondern wir versuchen, die Dinge sachlich, übergeordnet und an der Arbeit orientiert zu sehen. Die Kollegen Haushälter von der Union

(Otto Fricke [FDP]: Die sind nicht da! Die
trauen sich nicht!)

sind zwar heute nicht da, aber das ändert nichts daran, so hoffe ich, dass wir in Zukunft genauso intensiv wie bisher an diesem Thema arbeiten und hoffentlich zu guten Ergebnissen kommen, die dem Land dienen; das erwarten die Menschen von uns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)